DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES SAARLANDES

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Herrn Bundesminister
Sigmar Gabriel
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

09. November 2016

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Stahlindustrie ist mit ihren Beschäftigten, mit den Arbeitsplätzen, die mittelbar von ihr abhängen, und mit ihrem Anteil am Umsatz der gesamten Industrie nicht wegzudenken aus der deutschen und saarländischen Wirtschaftslandschaft und dem sozialen Gefüge vor Ort.

Diese tragende Rolle der Stahlindustrie ist jedoch akut bedroht. Denn weltweite Überkapazitäten drängen auf den europäischen Markt, oftmals begleitet von Dumpingpraktiken. Gerade chinesische Stahlunternehmen sind es, die mit ihren Dumpingpreisen der europäischen Stahlindustrie aktuell schwer zu schaffen machen.

Wenn China nun im Dezember 2016 der Marktwirtschaftsstatus zuerkannt werden sollte, so wäre unsere Stahlindustrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit entscheidend geschwächt und damit existenziell bedroht. Denn Antidumpingmaßnahmen der EU würden aufgrund einer dann geänderten Berechnungsmethodik deutlich erschwert und nahezu unmöglich werden.

Deshalb muss verhindert werden, dass Europa bei der Entscheidung über den Marktwirtschaftsstatus für China seine Weichen falsch stellt. Die Verleihung des Marktwirtschaftsstatus muss daran gekoppelt werden, dass China die technischen Kriterien der EU für die Anerkennung als Marktwirtschaft erfüllt. Bislang genügt China nur einem dieser Kriterien.

Es geht uns bei unserem Anliegen nicht darum, die heimische Stahlindustrie vor Wettbewerb an sich zu schützen. Europa muss jedoch gewährleisten, dass der Wettbewerb fair vonstattengeht. Dazu ist es auch erforderlich, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Antidumpingverfahren der EU überarbeitet und hier insbesondere die Berechnungsmethoden für die Ermittlung der Dumpingspannen angepasst werden.

Am Ludwigsplatz 14 · 66117 Saarbrücken
Telefon (06 81) 501-11 23 · Telefax (06 81) 501-12 62 · email: a.kramp-karrenbauer@staatskanzlei.saarland.de

Der aktuell bevorstehende Vorschlag der EU-Kommission zu der Frage, ob China der Marktwirtschaftsstatus zuerkannt werden soll, muss hierzu gangbare und wirksame Lösungsansätze bieten.

Die Entscheidung über den möglichen Marktwirtschaftsstatus für China, die auf europäischer Ebene ansteht, ist auch eine Entscheidung über Wohl und Wehe unserer heimischen Stahlunternehmen.

In diesem Sinne hoffen wir auf Ihre Unterstützung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Annegret Kramp-Karrenbauer

Ministerpräsidentin des Saarlandes

Anke Rehlinger

Stv. Ministerpräsidentin und
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Verkehr